

Sozialismus

www.Sozialismus.de

Christoph Butterwegge:
Strategien gegen rechts



Johannes Steffen: Renten-
politische Irrlichter



Thomas Lakies: Staatsinter-
vention gegen Niedriglöhne

Richard Detje/Otto König:
Tarifpolitik 2012

**Forum
Gewerkschaften**

Michael Wendt: Wirtschafts-
politik als Tugendlehre?



»Unsere
schwerste
Stunde...«



Dies ist ein Artikel aus der Monatszeitschrift Sozialismus.
Informationen über den weiteren Inhalt finden Sie unter
www.sozialismus.de.
Dort können Sie ebenfalls ein Probeheft
bzw. ein Abonnement bestellen.

www.Sozialismus.de



Aktuelle Kommentare, Tipps & Termine.

www.wissentransfer.info



Arbeitspapiere, Veranstaltungshinweise, Referenten, Forum.

www.linksnet.de



Das Portal für linke Politik und Wissenschaft von 34 Zeitschriften.

www.vsa-verlag.de



Neuerscheinungen, Inhaltsverzeichnisse, Leseproben.

Demokratie stärken

Christoph Butterwegge: Doppelstrategien gegen Rechtsextreme. Ein neues NPD-Verbotsverfahren ist nur unter anderen Voraussetzungen sinnvoll 2

Horst Kahrs: Die schiefe Bahn vor Augen? DIE LINKE in den Wahlen 2011 4

Europa stabilisieren

Joachim Bischoff/Richard Detje: Europa – Inkubationsphase eines autoritären Regimes 11

Christina Ujma: Die Stunde des Präsidenten Napolitano, Monti und das Ende der Ära Berlusconi 17

Karl Georg Zinn: Warum gerade Griechenland? Zur Frage des Zusammenhangs von Mentalität und Ökonomie 20

Axel Troost/Philipp Hersel: Solidarisches Miteinander statt ruinöser Wettbewerb. Europäische Ausgleichsunion 25

Karl Georg Zinn: Unauffällige Vermehrung des Zentralbankkredits Kapitalflucht in Euro-Land und Target-2 30

Umverteilungs-Effekte

Joachim Bischoff/Bernhard Müller: Wachsende Ungleichheit im Finanzmarktkapitalismus. Die Beispiele USA und Deutschland 32

Johannes Steffen: Sozialpolitisches Irrlicht. Die rentenpolitischen Beschlüsse der Partei DIE LINKE 39

Forum Gewerkschaften

Richard Detje/Otto König: Tarifpolitik 2012. Lohnerhöhungen, unbefristete Übernahme und Mitbestimmung bei Leiharbeit stehen auf der Agenda 46

Thomas Lakies: Mindestlöhne – Staatsintervention gegen Niedriglöhne 48

Richard Detje/Otto König: »Ein Schrittchen nach vorn.« Mindestlohndebatte – Ende neoliberaler Prinzipienreiterei? 55

Armin Schild/Jörg Köhlinger: Europa von unten Zum Gedenken an Helmut Schauer (1937-2001) 57

Verschnitt statt Konsistenz

Michael Wendt: Linke Wirtschaftspolitik als Tugendlehre. Gibt es eine innere Verwandtschaft von Ordoliberalismus und »kreativem« Sozialismus? 60

Termine/Filmkritik

Impressum 59

Veranstaltungen & Tipps 68

Maren Schlierkamp: Tim und Struppi (Filmkritik) 69

Supplement: Hauke Ritz: Wenn Nachrichten zu Waffen werden Demokratie im Zeitalter der Informationskriegsführung: Der Fall Libyen

Die schiefe Bahn vor Augen?

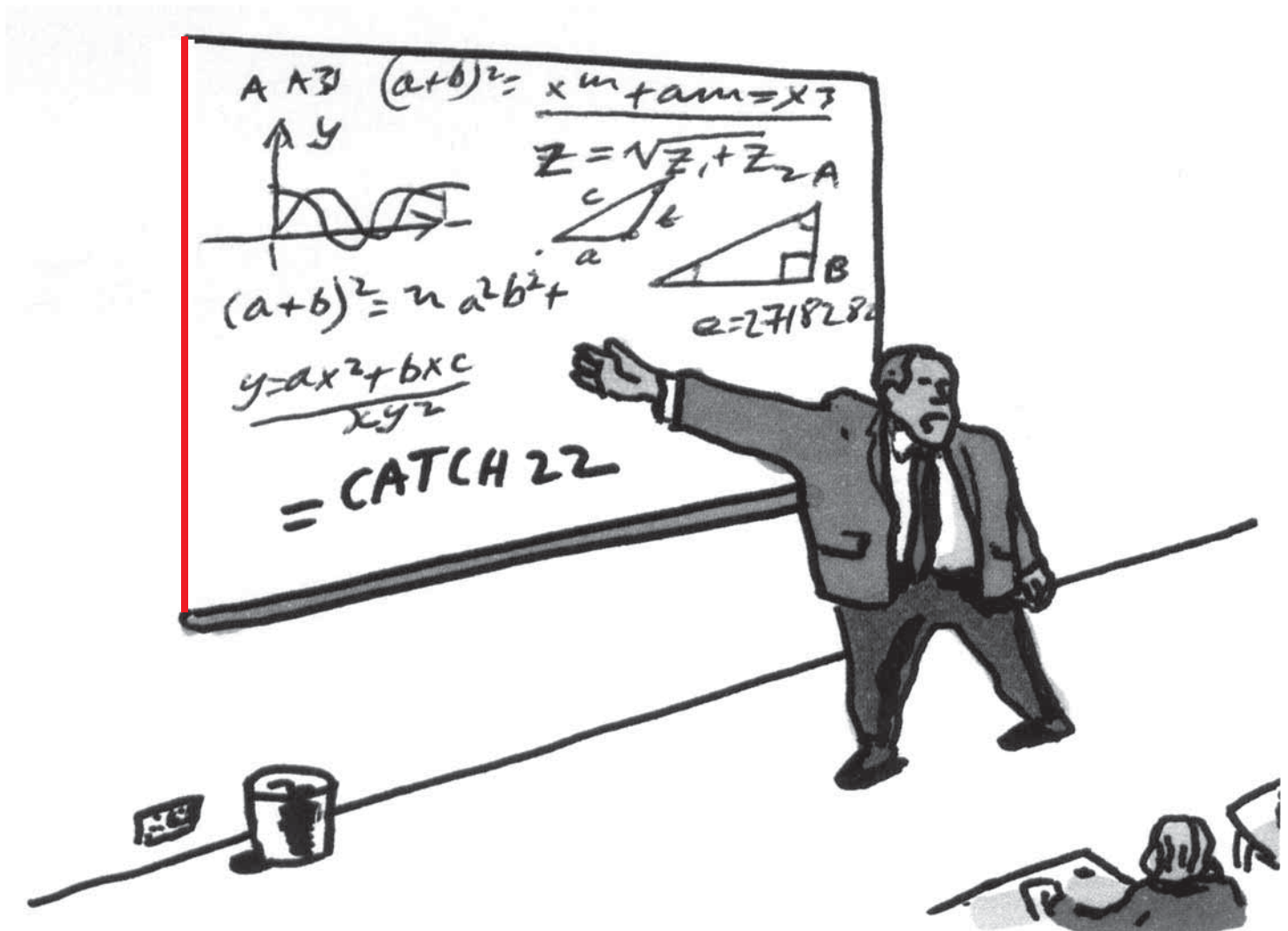
DIE LINKE in den Wahlen 2011

von | Horst Kahrs

Am Ende des Wahljahres 2011 steht fest: Die Zeit der schnellen Wahlerfolge ist vorbei, eine Zeit harter Bewährungsproben im Wettbewerb mit anderen Parteien ist angebrochen. Was folgt daraus für die Politik der LINKEN?

Die sieben Landtagswahlen seit der Bundestagswahl 2009 führten teilweise zu drastischen Veränderungen in der Machtverteilung. In Nordrhein-Westfalen, Hamburg und Baden-Württemberg fanden vollständige Regierungswechsel mit Machtverlust

für Union und FDP statt. In Rheinland-Pfalz hat Kurt Beck jetzt einen grünen Koalitionspartner, in Berlin wird Klaus Wowereit statt mit der LINKEN mit der Union regieren. In Bremen, Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern wurden die von CDU bzw. SPD geführten Regierungen bestätigt. Im Bundesrat hat die Bundesregierung an Einfluss verloren, ohne dass sich dort eine oppositionelle Blockade-Mehrheit herausgebildet hätte. Die Union verliert drei Ministerpräsidenten. Die FDP implodiert nach dem Wiedereinzug in die Hamburgische Bürgerschaft und wird aus fünf Landtagen meist deutlich hinaus gewählt. Umgekehrt gewinnen die Grünen drei Fraktionen hinzu,



sind nun in allen Landtagen vertreten, stellen erstmals einen Ministerpräsidenten und sind an zwei weiteren Landesregierungen neu beteiligt. Die SPD gewinnt zwei Regierungschefsessel und wird in einer dritten Landesregierung Juniorpartner.

Die auffälligste Veränderung ist die Kräfteverschiebung von der FDP zu den Grünen. Sie spiegelt sich ebenfalls in den bundesweiten »Sonntagsfragen« für den Bundestag wieder. Gleichzeitig erlebt »Rot-Grün« als Alternative zu »Schwarz-Gelb« ein mediales Comeback. Die SPD erscheint dabei politisch größer, als sie real nach Lage der Stimmen und Prozente ist. Immerhin konnte sie in Berlin den Angriff der Grünen auf ihre Position als führende Partei in einer rot-grünen Konstellation abwehren. Zuletzt entschied sich die Berliner SPD ohne Einwände der Bundespartei gegen eine Koalition mit den Grünen und für eine Zusammenarbeit mit der Union. Festzuhalten ist auch: Trotz »Sarrazin-Debatte« und anderer rechtspopulistischer, zuletzt antieuropäischer Stimmungsmache können extrem rechte Parteien in keinen weiteren Landtag einziehen, bleiben in Bremen und Mecklenburg-Vorpommern aber präsent. Bei der Berliner Wahl schafft mit der Piraten-Partei eine neue Partei den Sprung ins Abgeordnetenhaus und befindet sich seit dem auch bundesweit im demoskopischen Umfragehoch.

DIE LINKE hat sich in diesem Wahlzyklus mit seinen unterschiedlichen Konstellationen behauptet. Sie hat gewonnen, verloren und stagniert.¹ Auf jeden Fall teilt sie nicht das Schicksal der anderen Gewinnerpartei von 2009, der FDP. In Nordrhein-Westfalen hat sie eine Fraktion hinzugewonnen, in Berlin eine Regierungsbeteiligung verloren. Über alle sieben Wahlen gesehen, kamen zehn Mandate hinzu, andere gewannen 70 wie die Grünen oder verloren 60 wie die Union oder 40 Mandate wie die FDP. Die Veränderung bei den Stimmenanteilen schwankt zwischen plus 2,5 Prozentpunkten in Nordrhein-Westfalen und minus 2,8 Prozentpunkten in Bremen. Dagegen verliert die Union bis zu 20,7% (Hamburg) und gewann bis zu 2,4% (Rheinland-Pfalz). Die Ergebnisse der SPD schwanken zwischen minus 9,9% (Rheinland-Pfalz) und plus 14,3% (Hamburg); die Grünen gewinnen bis zu 12,5% (Baden-Württemberg), die FDP verliert bis zu 5,8% (Berlin). An den sieben Landtagswahlen beteiligten sich rund 750.000 Wahlberechtigte mehr als zuvor. Die Union verlor rund 800.000 Stimmen, die FDP gut 350.000. Die Grünen gewannen etwa 1,1 Mio. Stimmen hinzu, bei der SPD waren es unterm Strich etwa 50.000 zusätzliche Wählerinnen. DIE LINKE erreichte ein Plus von rund 160.000 Stimmen.

In der politischen Bewertung der Wahlergebnisse für DIE LINKE überwiegen jedoch nicht diese Anzeichen für Stabilität in Zeiten zum Teil großer Veränderungen, sondern die von Wachstumsschwäche und Misserfolg: Im Südwesten misslang der Einzug in die Parlamente deutlich. In Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern scheiterte der Anspruch, stärkste, auf jeden Fall aber regierende Partei zu werden, und in Berlin reichte es nicht für die Fortsetzung der rot-roten Koalition. Der politische Einfluss der LINKEN in den Ländern nimmt am Ende des Wahlzyklus ab. Gemessen an den eigenen Wahlzielen kann

Zum Thema:

Hasko Hüning/Gerd Siebecke: Wie weiter nach Erfurt?
DIE LINKE beschließt ihr Grundsatzprogramm, in:
Sozialismus 11/2011, S. 12ff.

DIE LINKE hat in diesem Wahlzyklus gewonnen, verloren, stagniert. Es überwiegen jedoch Anzeichen von Misserfolg.

die Bilanz am Ende nur mit negativen Vorzeichen versehen werden. Vor allem erhalten diejenigen Kräfte Auftrieb, die eine Zusammenarbeit strikt verweigern, weil sie die parlamentarische Existenz der LINKEN im Westen und im Bund als eine Art vorübergehenden bedauerlichen Betriebsunfall der sozialdemokratischen Erfolgsgeschichte betrachten. Während DIE LINKE in Nordrhein-Westfalen mit der Ansage, sie werde einen Politikwechsel nicht scheitern lassen, noch einmal erfolgreich war und sich in Hamburg bei einem sozialdemokratischen Erdrutsch-

sieg behauptet konnte, scheiterte sie im Wechselwahlkampf in Baden-Württemberg deutlich. In der letzten Wahlkampfphase vermeldeten die Umfragen, dass ihr Landtagseinzug unsicher sei, was einen erheblichen Teil der linken Wähler-

schaft veranlasste, aus taktischen Gründen die Grünen zu wählen. Gerät die Partei bei entsprechenden Wahlausgängen in Schleswig-Holstein im Mai 2012 und in Niedersachsen Anfang 2013 weiter ins Abrutschen, wird sie sich womöglich bei der Bundestagswahl 2013 eines vergleichbaren Szenarios erwehren müssen. Es wird also darauf ankommen, den eigenständigen Weg bei einem Wechselwahlkampf zu bestimmen.

Bei den Wahlen in den ostdeutschen Ländern löste die Aussicht auf einen Ministerpräsidenten der LINKEN keine besondere mobilisierende Wirkung in der Wählerschaft für oder gegen DIE LINKE aus. In beiden Ländern herrschte keine Wechselstimmung. Die Zufriedenheit mit den bestehenden Koalitionen war hoch, ein rot-rotes Bündnis, zumal unter Führung der LINKEN, erhielt die geringsten Zustimmungswerte in den Vorwahlbefragungen. Die SPD schlug mögliche rot-rote Bündnisse aus und setzte die Zusammenarbeit mit der CDU fort. Eine Zusammenarbeit mit der LINKEN birgt immer noch erhebliches Potential zur Spaltung der sozialdemokratischen Anhängerschaft. Im Osten kommt die prinzipielle Weigerung der sozialdemokratischen Führung hinzu, als Juniorpartner in eine linke Regierung einzutreten.

In Ost und West trifft DIE LINKE somit auf unterschiedliche Hürden für ihre weitere parlamentarische Entwicklung. Für jeden Landtagswahlkampf wird eine eigene Strategie gebraucht, die den landespolitischen Bedingungen angemessen ihre Rolle im Parteienwettbewerb bestimmt. DIE LINKE gilt nicht mehr

Horst Kahrs ist Sozialwissenschaftlich, lebt in Berlin, arbeitet für DIE LINKE und vertritt hier seine persönliche Auffassung.

¹ Die im Folgenden und in den Tabellen aufgeführten Zahlen stammen von der Forschungsgruppe Wahlen für das ZDF-Politbarometer. Detaillierte Tabellen und Übersichten können angefordert werden bei horst.kahrs@die-linke.de.

als neue Partei, durch deren Wahl allein schon sich Protest gegen die etablierte Politik ausdrückt. Diese Rolle dürfte nach dem Berliner Erfolg die Piraten-Partei übernehmen, der nicht nur die Aura des Neuen, sondern auch ein nichtprofessioneller, nicht zum Politikbetrieb gehörender Habitus zum Erfolg verhilft. DIE LINKE wird damit leben müssen, nunmehr zum Konzert der etablierten Parteien gezählt zu werden. Auch wird sie bei einer Wiederwahl stärker daran gemessen, was sie in der Vergangenheit für ihre WählerInnen erreicht hat und wie sie in den kommenden Jahren etwas erreichen will.

Auch für einen großen Teil der linken Wählerschaft zählt, was am Ende für sie dabei heraus kommt. Die jeweils angemessene Antwort zu finden, ist eine wesentliche Voraussetzung, um im Westen die Sperrklausel zu überwinden und im Osten das Stimmenniveau zu halten. Um tatsächlich erfolgreich zu sein, wird es schließlich immer auch auf die Bundespartei ankommen. Gegen den Bundestrend bzw. ohne Rückenwind durch bundespolitische Themen sind, so die Bilanz 2011, Wahlerfolge auf Länderebene nicht möglich.

Chancen und Risiken der Wählerwanderungen

Der Blick auf die Wählerwanderungen 2011 gegenüber den Vorwahlen schärft den Blick für die strategischen Ausgangskonstellationen. Die Wieder- bzw. Stammwählerschaft ist im Westen zu klein, um die Partei über die fünf Prozent zu hieven. Die Altersstruktur der Wählerschaft führt zu hohen natürlichen Wählerverlusten. Ein besonderer Zustrom aus dem Potential der NichtwählerInnen ist nicht zu erwarten. Der größte Wähleraustausch findet weiterhin mit der SPD statt.

Die »Haltequote«, der Anteil derjenigen WählerInnen, die erneut DIE LINKE wählten, lag im Westen bei etwa 45%, d.h. mehr als die Hälfte der WählerInnen gingen verloren. In Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern lag sie mit 65% deutlich höher, in Berlin dazwischen. Niedrige Wiederwählerquoten sind das Schicksal jeder neuen Partei, die sich aus der Wählerschaft anderer Parteien speist.

Die Wählerbindung zu stärken, zählt daher zu den wichtigsten Aufgaben des Parteaufbaus in der zweiten Phase, in der es darum geht, erste Erfolge zu stabilisieren und zu bestätigen. Eine niedrige Stammwählerquote bei steigender oder gleichbleibender Stimmenzahl belegt allerdings nicht nur eine hohe Abwanderung, sondern auch eine entsprechende Zuwanderung von neuen WählerInnen. Mit anderen Worten: DIE LINKE kommt als Alternative weiterhin in Frage.

Die Wählerbewegungen selbst lassen sich in drei große Gruppen unterteilen. Von großer Bedeutung sind die Verluste durch Tod. Allein in Berlin verstarben seit 2006 rund 17.000 WählerInnen. Diese natürlichen Verluste konnten durch Gewinne bei Erst- und JungwählerInnen bei weitem nicht ausgeglichen werden. In Ost wie West verstetigte sich, mit Ausnahme der Hamburg-Wahl, die Tendenz, wonach DIE LINKE bei den über 45-Jährigen überdurchschnittliche Ergebnisse, bei den Jüngeren unterdurchschnittliche Ergebnisse erzielte und folglich von ei-

ner »natürlichen« Schrumpfung der Stammwählerschaft ausgehen muss.

Der Austausch mit den NichtwählerInnen bildet die zweite Hauptgruppe der Wählerwanderung. NichtwählerInnen bilden keine homogene Gruppe, ihre Parteipräferenzen bleiben oftmals bestehen, ihre Motive zur Wahlenthaltung sind sehr heterogen. In Hamburg verlor DIE LINKE 9.000 WählerInnen und gewann 5.000 von den NichtwählerInnen, in Berlin verlor sie 14.000 und gewann 17.000. Wenn die Wahlbeteiligung sinkt, wie in Mecklenburg-Vorpommern, verlieren alle Parteien, mit Ausnahme der im Aufschwung befindlichen Grünen, an die Wahlabstinenten. Wenn wie in Sachsen-Anhalt oder Berlin alle

Parteien von den NichtwählerInnen gewinnen, gilt für eine Partei im rasanten Abschwung wie die FDP das Gegenteil. Für die LINKE sind solche gegenläufigen Trends nicht ermittelt

worden. Von der stark angestiegenen Wahlbeteiligung in Baden-Württemberg profitierte DIE LINKE im Umfang ihres Gesamtergebnisses. Etwa zu 3% entschieden sich die ehemaligen NichtwählerInnen für sie. Die Nichtwählerschaft, das ist festzuhalten, bildet kein herausgehobenes Wählerpotenzial für DIE LINKE, zumindest im Vergleich von Wahlen auf einer institutionellen Ebene.

Die dritte Gruppe bildet der Austausch mit anderen Parteien. Betrachtet man die Bruttowanderungen, also die Verluste und die Gewinne, nicht nur ihre jeweiligen Salden, dann ist der Austausch mit der SPD am größten. In Baden-Württemberg gingen 20.000 Stimmen an die SPD verloren und 19.000 wurden von ihr gewonnen, in Mecklenburg-Vorpommern glichen sich Gewinne und Verluste in Höhe von jeweils 13.000 aus und in Berlin wurden 13.000 WählerInnen an den ehemaligen Koalitionspartner verloren und 15.000 von der SPD gewonnen. Zwei Ausnahmen sind festzuhalten. In Baden-Württemberg gab es die mit Abstand größten Verluste an die Grünen: diesen 38.000 Stimmen standen nur 5.000 Gewinne gegenüber. Hier setzten taktische WählerInnen auf die sichere grüne Bank, nachdem der Einzug der LINKEN in den Umfragen wacklig geworden war. Die zweite Ausnahme bilden die Verluste von 13.000 Stimmen an die Piratenpartei in Berlin, die insbesondere von jüngeren LINKE-WählerInnen als linksorientierte, sozial eingestellte Protestpartei wahrgenommen wurde.

Partei im »sozialstaatlichen Lager«

Der große Wähleraustausch mit der SPD deutet darauf hin, dass DIE LINKE als Partei in einem »sozialstaatlich orientiertem Lager« mit der SPD wahrgenommen wird. Angesichts der Herkunft eines großen Teils der seit 2005 gewonnenen Wählerschichten wäre alles andere auch höchst erstaunlich. Vieles spricht dafür, dass die BürgerInnen die Parteien weiterhin einem bürgerlichen Lager (CDU, FDP) und einem linken Lager (SPD, Grüne, LINKE) zuordnen. So gibt es zum Beispiel im bürgerlichen Lager bis zu 80% Zustimmung für eine Flexibilisierung des Kündigungsschutzes, im linken Lager wird dies überdeutlich abgelehnt. Zeigt sich in politischen Streitfragen diese Blockbildung,

Tabelle 1: Die Wahlergebnisse im Frühjahr 2011 - Stimmenanteile im Überblick

	Hamburg		Sachsen-Anhalt		Rheinland -Pfalz		Baden-Württemberg		Bremen		Mecklenburg-Vorpommern		Berlin	
	%	+/-	%	+/-	%	+/-	%	+/-	%	+/-	%	+/-	%	+/-
Beteiligung	57,3	-6,2	51,2	6,8	61,8	3,6	66,2	12,8	55,5	-3,0	51,5	-7,6	60,2	2,2
CDU	21,9	-20,7	34,3	-1,3	35,2	2,4	39,0	-5,2	20,4	-5,2	23,0	-5,7	23,4	2,1
SPD	48,4	14,3	21,6	-1,7	35,7	-9,9	23,1	-2,1	28,6	1,9	35,6	5,3	28,3	-2,5
Grüne	11,2	1,6	6,7	4,4	15,4	10,8	24,2	12,5	22,5	6,0	8,7	5,4	17,6	4,5
LINKE	6,4	0,0	24,6	-0,6	3,0	0,4	2,8	-0,3	5,6	-2,8	18,4	1,6	11,7	-1,7
FDP	6,7	1,9	3,5	-4,1	4,2	-3,8	2,8	-0,3	2,4	-3,6	2,8	-6,8	1,8	-5,8
NPD	0,9	0,9	4,6	4,6	1,1	-0,1	1,0	0,3	1,6	1,6	6,0	-1,3	2,1	-0,5
Piraten	2,1	1,9	1,4	1,4	1,6	1,6	2,1	2,1	1,9	1,9	1,9	1,9	8,9	8,9

Tabelle 2: Veränderung der Stimmzahl (Zweit-/Landesstimmen bei den Landtagswahlen 2011

	Gültige Stimmen	CDU	SPD	Grüne	FDP	LINKE
Nordrhein-Westfalen	-483.468	-1.014.806	-383.170	431.869	13.963	148.744
Sachsen-Anhalt	91.248	-3.702	20.857	38.805	-22.036	17.716
Rheinland-Pfalz	115.077	84.145	-132.560	207.078	-61.522	11.228
Baden-Württemberg	1.023.104	195.146	156.387	743.293	-159.210	17.947
Mecklenburg-Vorpommern	-136.686	-78.381	-5.061	31.362	-59.497	-11.725
Berlin	78.862	46.966	-10.930	76.075	-77.668	-14.356
Summe 2011	1.171.605	244.174	28.693	1.096.613	-379.933	20.810

Anm.: HH und HB des Mehrstimmenwahlrechts wegen nicht vergleichbar. RLP Landesstimmen.

Tabelle 3a: Differenz Zweitstimmen Landtagswahl gegenüber Bundestagswahl 2009 absolut

	Wähler_innen	CDU	SPD	Grüne	FDP	LINKE
Nordrhein-Westfalen	-1.623.438	-429.778	-3.138	-4.669	-872.325	-354.187
Sachsen-Anhalt	-209.219	-39.292	10.761	9.188	-86.254	-154.445
Rheinland-Pfalz	-324.814	-109.013	145.827	76.518	-285.330	-149.126
Baden-Württemberg	-478.301	69.431	101.396	450.534	-760.174	-249.937
Mecklenburg-Vorpommern	-174.065	-130.512	98.644	11.163	-66.260	-126.008
Berlin	-266.223	-52.188	65.042	-42.595	-171.600	-177.832
Summe (ohne HH, HB)	-3.076.060	-691.352	418.532	500.139	-2.241.943	-1.211.535

HH und HB des Mehrstimmenwahlrechts wegen nicht vergleichbar. RLP Landesstimmen.

Tabelle 3b: Landtagswahl-Stimmen in von Hundert Bundestagswahl-Stimmen

	Wähler_innen	CDU	SPD	Grüne	FDP	LINKE
Nordrhein-Westfalen	82,9%	86,2%	99,9%	99,5%	37,4%	55,2%
Sachsen-Anhalt	82,9%	89,2%	105,3%	114,9%	30,7%	60,3%
Rheinland-Pfalz	85,5%	85,8%	128,0%	136,1%	21,8%	27,3%
Baden-Württemberg	91,4%	103,7%	109,6%	159,6%	25,7%	35,9%
Mecklenburg-Vorpommern	80,3%	54,6%	168,7%	123,3%	22,2%	49,9%
Berlin	84,8%	86,7%	118,7%	85,8%	13,6%	49,0%
Summe (ohne HH, HB)	85,4%	89,8%	108,5%	121,5%	29,7%	49,0%

HH und HB des Mehrstimmenwahlrechts wegen nicht vergleichbar. RLP Landesstimmen.

so »scheinen sich die Grünen insgesamt mehr und mehr in Richtung der politischen Mitte zu bewegen«. Denn dass für Veränderungen und Innovationen im Land »vor allem der Einzelne zuständig« ist, teilen jeweils knapp die Hälfte der ParlamentarierInnen von Union, FDP und Grünen, aber jeweils nur ein Drittel von LINKE und SPD.² Stimmt die Beobachtung, dass der Wechsel zwischen LINKE und SPD einer sozialstaatlich orientierten Wählerschicht ohne antikommunistisches Ressentiment relativ leicht fällt, so käme es für DIE LINKE nicht auf scharfe Abgrenzung gegen die SPD, sondern auf stärkere eigenständige Profilierung neben der SPD an. Für »bedrohte Arbeitnehmerschichten« (Neugebauer) und gewisse Schichten sozial Prekariert die klarere und entschiedener Sozialstaatspartei zu sein, könnte dann wahlentscheidend sein. Zumal auch bei den Stimmengewinnen von Union, Grünen oder anderen Parteien, soweit Themen den Ausschlag für den Wechsel gaben, weit überwiegend Themen aus der Arbeitswelt und des Sozialstaats den Unterschied ausmachten, und kaum Themen, bei denen DIE LINKE »katholischer« als das Original, etwa als die Grünen beim Atomausstieg, sein wollte.

Eine neue Frage der Klasse?

Der Vergleich zwischen den Wahlen auf einer Ebene, den Landtagswahlen, liefert womöglich ein trügerisches Bild vermeintlicher Stabilität in der Wählergunst. Denn zwischen den Vergleichswahlen lagen, Ausnahme Hamburg, die Parteigründung im Juni 2007 und die Bundestagswahl 2009. Gemessen am Erfolg 2009 und darauf gebauten Erwartungen sind die Wahlergebnisse 2010/11 in der Tat enttäuschend und Ausdruck eines klaren Abwärtstrends, wie er auch in Umfragen zur politischen Stimmungslage seit der ersten Hälfte 2010 seinen Niederschlag findet. Vergleicht man die Stimmen bei der letzten Landtagswahl mit den Stimmen bei der Bundestagswahl 2009, so erreicht DIE LINKE nur zwischen 27% (Rheinland-Pfalz) und 60% (Sachsen-Anhalt) der Zweitstimmen bei der Bundestagswahl. Im Schnitt aller Wahlen in Ost und West waren das etwa 50%, während die Zahl der gültigen Stimmen über 80% betrug. Die FDP erreichte nur noch weniger als 30%, die Union lag etwas über dem Durchschnitt und SPD und Grüne erreichten trotz niedriger Wahlbeteiligung bei fast allen Wahlen mehr Stimmen als bei der Bundestagswahl. Diese Zahlen illustrieren die gleiche Kräfteverschiebung wie die Landtagswahlergebnisse selbst.

Für die Bewertung der Zahlen für DIE LINKE kommt es darauf an, wie die Ausgangsbasis gewichtet wird: War das Bundestagswahlergebnis so gut oder das folgende Landtagswahlergebnis so schlecht? Die Demobilisierung der Wählerschaft der LINKEN setzte offenbar bereits bald nach der Bundestagswahl ein, denn schon in Nordrhein-Westfalen erhielt DIE LINKE im Mai 2010 nur noch 55% der Zweitstimmen der Bundestagswahl. Bei den Europawahlen, gut drei Monate vor der Bundestagswahl, waren es aber noch weniger Stimmen. Es ist kaum anzunehmen, dass es so scharfe Wechsel in der Zustimmung zu einer Partei binnen weniger Monate gibt. Die Ursache besteht zu einem erheblichen Teil darin, dass viele WählerInnen den Wahlen auf unterschiedlichen institutionellen Ebenen ein unterschiedliches Gewicht zumessen. In der linken Wählerschaft

ist der Anteil derjenigen relativ groß, die Bundestagswahlen noch für irgendwie bedeutsam halten, aber Wahlen zum Europäischen Parlament, zu Landtagen oder Kommunalparlamenten nicht ihrer Wahlbeteiligung für Wert erachten. Zumindest für größere Städte lässt sich sagen: Es sind insbesondere von sozialer Ausgrenzung bedrohte WählerInnen aus Vierteln mit hohem Anteil von Erwerbslosen, MigrantInnen und SozialleistungsbezieherInnen, die bei Wahlen auf unteren Ebenen scheinbar nicht mehr zu mobilisieren sind.

Im Vergleich der Wahlbeteiligung auf unterschiedlichen institutionellen Ebenen hat eine sinkende Wahlbeteiligung in den vergangenen zehn Jahren ein klassenspezifisches Gesicht bekommen. Es sind vor allem die unteren Schichten, die sich aus dem Verfahren demokratischer Repräsentation verabschieden und auch für Formen direkter Demokratie oder Bürgerbeteiligung aus verschiedenen Gründen wenig bis gar nicht zu begeistern sind.³ Wenn diejenigen, die auf feste Regeln in der Arbeitswelt und auf sozialstaatliche Leistungen am dringendsten angewiesen wären, gar nicht mehr wählen gehen, schwindet der mit dem allgemeinen Wahlrecht verbundene massendemokratische Impuls, der zum Auf- und Ausbau des modernen deutschen Sozialstaates maßgeblich beigetragen hat. Politikwissenschaftler sprechen hier dann von einer »Repräsentationslücke«.

Für DIE LINKE offenbart sich hier ein strukturelles Problem: Von einem Teil ihrer Wählerschaft, man kann es auf ein Drittel der Bundestagsstimmen schätzen, wird sie nur als bundespolitische Kraft wahrgenommen. Dieser Teil, für den DIE LINKE ihre politischen Projekte auch und vor allem entwickelt, bleibt bei Landtagswahlen zu Hause, was wiederum Rückwirkungen auf die bundespolitische Ausstrahlung der Partei hat. Auch der bürgerliche Sieg beim Hamburger Schulentcheid 2010 zeigt dieses Phänomen. Zu der sich ausbreitenden Erfahrung der sozialen Ausgrenzung und der politischen Abkopplung, wonach im politischen Betrieb eben nicht jede Stimme gleich zählt, wonach es auf »unsereinen« ohnehin nicht ankommt – hierzu gelingt es der LINKEN bisher nicht, eine erfolgreiche Strategie zu entwickeln. Hier Mobilisierungserfolge zu erzielen und zu verstetigen, dürfte für den Ausbau eines eigenen Wählermilieus, das nicht immer wieder von Wahl zu Wahl konstellations- oder thementaktisch in Konkurrenz zu anderen Parteien gewonnen werden muss, maßgeblich sein. Erfolge sind auf diesem Feld nur langfristig zu erzielen, wenn die Fragen der symbolischen und habituellen Repräsentanz und der praktischen Durchsetzung von Verbesserungen aus der Sicht der WählerInnen positiv beantwortet werden. Beide Aufgaben sind nicht einfach. Erfolgreiche Durchsetzungsstrategien leben davon, dass dort, wo DIE LINKE vertreten ist, also gerade auch auf Ebene der Länder und Kommunen Verbesserungen populär durchgesetzt werden können. Repräsentanz lebt davon, dass sich die WählerInnen im Habitus, in der Sprache und in den Positionen des Gewählten wiedererkennen.

Abstand zum Alltagsbewusstsein?

Bedenklich stimmt hinsichtlich dieser spezifischen Repräsentationsfunktion für von Ausgrenzung bedrohte Schichten, dass DIE LINKE inzwischen weitgehend als Teil des etablierten Politikbetriebes wahrgenommen wird. Glaubt man jüngsten Befragungen, so gilt auch für linke PolitikerInnen »die herausragende Erkenntnis (...), dass Bürger und Politiker in völlig unterschiedlichen Wertewelten leben«. ⁴ In einer repräsentativen Befragung wurden ParlamentarierInnen auf Bundes- und Landesebene sowie WählerInnen nach ihren »fünf wichtigsten Werten« aus 18 Vorgaben befragt. Für die PolitikerInnen der LINKEN rangierten »Gerechtigkeit« (96%), »Toleranz« (85%), »Ehrlichkeit« (46%) sowie »Zuverlässigkeit« und »Aufrichtigkeit« (je 38%) obenan, für die LINKE-Wählerschaft »Gerechtigkeit« (61%), »Respekt« und »Ehrlichkeit« (je 52%) sowie »Familie« und »Toleranz« (je 46%). In der Summe aller Werte waren die Abweichungen zwischen linken ParlamentarierInnen und befragten WählerInnen am größten (207 Punkte), gefolgt von Grünen (163) und SPD (159), am nächsten waren sich Unions-Abgeordnete und WählerInnen (Differenz 95 Punkte). Diese Ergebnisse sprechen nicht dafür, dass die ParlamentarierInnen der Linken besser als andere wüssten, wie ihre WählerInnen »ticken« und was ihnen wichtig ist.

Die Politikwissenschaftler halten fest: »Auf Seiten der Wähler werden Werte wie Treue, Pünktlichkeit, Freundschaft und Loyalität in den Vordergrund gestellt, die von den Politikern deutlich weniger stark präferiert werden. Dafür betonen Abgeordnete aller Parteien politisch-ideologisch besetzte Begriffe wie Toleranz und Gerechtigkeit viel stärker, als es dem Bedeutungsempfinden ihrer Wähler entspricht. Die Politiker lieben es offenbar »abstrakt«, die Bürger denken in Kategorien von Nähe und Pragmatismus.« Und weiter: »Denkbar ist, dass es sich um ein Phänomen der politischen Klasse handelt: Parteipolitiker präferieren in ihrer Rolle konventionelle Werte, von denen sie glauben, dass sie in der öffentlichen Wertschätzung hoch angesehen werden. Bürger und Wähler dagegen präferieren eher Alltagswerte, die das unmittelbare menschliche Zusammenleben prägen und bestimmen.« ⁵ Offensichtlich stehen die ParlamentarierInnen der LINKEN genauso oder gar stärker in Gefahr, am Alltagsbewusstsein der WählerInnen vorbei zu kommunizieren und Authentizität einzubüßen – schlechte Voraussetzungen, um von der Politik tief enttäuschte Wählerschichten davon zu überzeugen, dass Repräsentation durch linke ParlamentsvertreterInnen eine lohnende Sache ist.

Die Abwendung vom Politikbetrieb speist sich aus zwei realen Veränderungen: der Verselbständigung von Parteien und ParlamentarierInnen zu einer politischen Elite, deren Durchlässigkeit für RepräsentantInnen aus dem Volk deutlich abgenommen hat, deren Verfasstheit durchaus als populärwissenschaftliche Bestätigung des »ehernen Gesetzes der Oligarchie« (Robert Michels) betrachtet werden kann, und die Selbstentmachtung der Politik durch die jahrzehntelange Abgabe von

Entscheidungsverantwortung an die »Weisheit« der anonymen »Märkte«. Genauso wie es Regeln für die Märkte braucht, benötigt der demokratisch-repräsentative Politikbetrieb, könnte es von links heißen, neue institutionelle Regeln, die der Verselbständigung entgegen wirken und die Anbindung an die vielen Lebenswelten der WählerInnen stärken. Zu denken wäre an ein Verbot der Parteispenden von Unternehmen und die Begrenzung der Höhe von Privatspenden, wie es bereits im Programm der LINKEN steht; oder an die Begrenzung der Mandate auf zwei oder drei Legislaturperioden mit Ausnahme von Direktmandaten; oder an die Nichtbesetzung von Mandaten entsprechend dem Anteil der NichtwählerInnen und die Ausschüttung der ersparten Gelder an internationale Hilfsprojekte.

Welche Regelungen von links letztlich stellvertretend popularisiert werden, ist nicht so entscheidend wie das Ziel: die Wiederherstellung der Institutionen demokratischer Repräsentation in Zeiten, in denen die Regierung in Richtung eines autoritären, europäischen Kapitalismus marschiert und aus der sozialen Mitte der Gesellschaft, aus der aktiven Bürgerschaft, der Ruf nach mehr direkter Demokratie und Beteiligung laut wird, um ihren Interessen punktuell gegenüber den Gewählten und den Netzwerken aus großen Lobbyisten und Ministerialdemokratien stärker Geltung verschaffen zu können.

Die Lücke zwischen politischen Vorhaben, Lebenswelt und Handlungsbedingungen muss dringend geschlossen werden.

Die Große Krise und linker Antikapitalismus – nur ein grandioses Missverständnis?

Seit der Bundestagswahl 2009 haben sich nicht nur die parteipolitischen Konstellationen für DIE LINKE geändert, etwa weil die SPD ebenfalls wieder auf der Oppositionsbank sitzt. Gleichzeitig haben sich ausgehend vom Herbst 2008 erhebliche Verschiebungen in der öffentlichen Debatte bis ins Alltagsbewusstsein hinein ergeben: Kapitalismuskritik ist berechtigt, notwendig und derzeit im Feuilleton wie auf den Wirtschaftsseiten chic. In Europa ist Deregulierung weitgehend out, Regulierung und eine ordentliche Portion staatlicher Einfluss werden wieder allgemein nachgefragt. Mindestlöhne, »Lohnuntergrenzen« sind kein Teufelszeug mehr. Mit anderen Worten: DIE LINKE hat auf ganzer Linie recht gehabt. Aber sich in Zeiten allgemeiner Verunsicherung auf das Experiment einer neuen Gesellschaftsordnung einlassen, das vertraut der Linken auch kaum jemand an. Da setzt man doch mehr auf die bewährten Kräfte. Hat sich nicht die korporatistische Krisenstrategie von Regierung und Gewerkschaft bewährt? Wurde nicht das Versprechen, dass Sparguthaben, Lebensversicherungen und Riester-Renten

² Ulrich von Alemann/Joachim Klewes/Christina Rauh: Die Bürger sollen es richten; in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. 44-45/2011, S. 25-32, hier S. 31f.

³ Vgl. hierzu die empirischen Befunde von Johanna Klatt in: Johanna Klatt/Franz Walter: Entbehrliche der Bürgergesellschaft? Sozial Benachteiligte und Engagement. Bielefeld 2011.

⁴ Alemann u.a., a.a.O., S. 26

⁵ Alemann u.a., a.a.O., S. 26-28.

sicher seien, gehalten? Die Sicherung der eigenen Zinsansprüche gegenüber der griechischen, portugiesischen, spanischen, kurz anderen Volkswirtschaft, die Verwiesenheit und Hoffnung auf korporatistische Rettungsmaßnahmen für den eigenen Arbeitsplatz, das sind gerade in der Krise vermeintlich gute Argumente, um der LINKEN fern zu bleiben, die in ihrer analytischen und politischen Ansprache wohl nur unzureichend zu erkennen gibt, mit diesen lebensweltlichen Sorgen vertraut zu sein – und behutsam vorzugehen, denn offensichtlich handelt es sich um hochkomplexe und wenig übersichtliche Wirkungszusammenhänge.

Nun, in der neuen Krisenstufe, kommt hinzu, dass die Krise überall in Europa herrscht, nur in der deutschen Volkswirtschaft noch nicht, also von den Regierenden vieles richtig gemacht wurde. Derartige Mechanismen der Krisenverarbeitung, gepaart mit Antikapitalismus, haben Richard Detje und andere treffend als »adressatenlose Wut« von Vertrauensleuten beschrieben.⁶ Es ist davon auszugehen, dass entsprechende Formen des Alltagsbewusstseins weit verbreitet sind. Die Krisenlösungsstrategien siedeln fachlich und sprachlich noch viel zu sehr auf der Ebene der ExpertInnen und Regierungskonferenzen und viel zu wenig in der sozialen Lebenswelt und ihren Handlungsmöglichkeiten, als dass von ihnen eine oppositionelle, alternative Sogwirkung ausgehen könnte. DIE LINKE wird von ihren WählerInnen nicht gebraucht, um die Banken- und Finanzwelt zu regulieren, sondern um ihr soziales und gemeinsames Eigentum in der Krise zu bewahren: Arbeit, Einkommen, Verkehr, Schulen, Sozialstaat, Gesundheit. Und sie wird gebraucht, um im sozialen Alltag Handlungsmöglichkeiten und Adressaten zu finden. Diese Lücke zwischen politischen Vorhaben, Lebenswelt und Handlungsbedingungen müsste dringend geschlossen werden, um eine stärkere WählerInnenbindung zu erzielen.

Eine strukturelle Schwäche im Parteaufbau

Die Fragen von Repräsentanz und politischer Kommunikation führen somit zu einem dritten und letzten Aspekt, der in dem zurückliegenden Wahlzyklus offenbar wurde. Hinter dem Charakter als bundesweite Parlamentspartei mit starker Abhängigkeit von medial vermittelter Politik, hinter einer hohen Affinität zur Event-Politik und permanenten Wahlkampfmobilisierungen traten die Anforderungen eines stetigen Parteaufbaus als Mitgliederpartei zurück, was sich dann gerade bei Wahlen auf Landes- und Kommunalebene bemerkbar macht.

Der Weg zu einer stärkeren Wählerbindung führt aber unweigerlich über die Mitgliederpartei. Mitgliederparteien charakterisiert eine auf mittlere Sicht (nach)wachsende Mitgliedschaft, die sich selbst als Partei in vierfacher Weise fordert: als eine lernende Organisation, als Ort praktischer Solidarität, als sozialer Akteur und als politischer Akteur.⁷

Eine Mitgliederpartei transportiert Alltagsbewusstsein und Lebenswelt in die Partei und bildet so ein Korrektiv gegen die

Gefahr der Umfragehörigkeit. Eine Mitgliederpartei entwickelt zudem Handlungsmöglichkeiten, Strategien der Veränderung und der Aneignung der eigenen Lebensumstände im sozialen Feld selbst. Denn das Verständnis linker Parteien als Mitgliederparteien gründet auf der Annahme, dass politische Veränderungen durch gesellschaftliche Veränderungen, soziale Kräfte und politische Auseinandersetzungen im vorparlamentarischen Raum, jenseits des politischen Systems im engeren Sinne, vorbereitet und getragen werden. Veränderungen, deren Reichweite über das politische System hinausgehen, kommen nicht aus dem politisch-parlamentarischen System. Meistens werden Veränderungen dort nur ratifiziert, manchmal geburtshelferisch beschleunigt. Die Potentiale und Kräfte der Veränderung entstehen an ganz unterschiedlichen Stellen der Gesellschaft und in ihrem Wechselspiel. Organisationen und Parteien, die als politische Akteure nur im politischen System verankert sind, werden von der »dialektischen Entfaltung der Beziehungen« im »politischen Körper des Kapitalismus« immer wieder überrascht und an den Rand gedrängt werden.⁸

Es gilt nicht mehr nur zu fragen, wo die »Opfer« sind, sondern wie sie zum sozialen Subjekt werden können und was eine linke Partei dazu beitragen kann.

Die Partei als politischer und sozialer Akteur im Unterschied zu anderen Parteien – das ist die Frage nach ihrer Fähigkeit, zusammen mit anderen neue Räume, Sichtweisen, Horizonte zu erschließen, in denen die praktische Erfahrung wächst, dass man etwas ändern

kann, dass man sich Teile der eigenen alltäglichen Lebensbedingungen aneignen kann. Damit einher geht eine erweiterte Sichtweise: Es gilt nicht mehr nur oder vor allem zu fragen, wo Erwerbslose, Niedrigverdiener, Prekäre und andere die »Opfer« herrschender Verhältnisse und Politik, also Objekt sind, sondern ebenso zu fragen, wo und wie sie zum sozialen Subjekt werden können und was eine linke Partei dazu beitragen kann.

Mit der Piraten-Partei sind die Rituale des Politikbetriebes, die Verfahren demokratischer Politik wie Offenheit, Transparenz, Beteiligung, Lernfähigkeit auf die Tagesordnung gesetzt worden. Diese Fragen berühren große Teile der linken Wählerschaft auf andere Weise ebenfalls. Die Wiederaneignung der Politik, der öffentlichen Angelegenheiten, die öffentlich sind, weil sie alle angehen, durch diejenigen, deren Interessen systematisch übergangen oder ausgegrenzt wurden, das ist, jenseits wechselnder thematischer Zuspitzungen, der Lebenszweck einer linken Partei. Davon hängt dann auf Dauer nicht nur die parlamentarische Existenz und Stärke ab, sondern auch ihre Authentizität und politische Eigenständigkeit. Das Wahljahr 2011 hat gezeigt, dass noch ein Stück Weg zu bewältigen ist.

⁶ Richard Detje/Wolfgang Menz/Sarah Nies/Dieter Sauer: Krise ohne Konflikt? Interessen- und Handlungsorientierungen im Betrieb – die Sicht von Betroffenen, Hamburg 2011.

⁷ Vgl. hierzu Horst Kahrs: Mal wieder die Organisationsfrage; in: LUXEMBURG, Heft 4/2011.

⁸ Vgl. David Harvey: Den antikapitalistischen Übergang organisieren. Hamburg 2010 (Supplement der Zeitschrift Sozialismus 11/2010), S. 12f.

Probelesen

Wenn diese Probe-Lektüre Sie davon überzeugen konnte, dass Sozialismus das Richtige für Sie mit fundierten Beiträgen zu den Themen

- Berliner Republik/Die neue LINKE
 - Wirtschaft & Soziales/Forum Gewerkschaften
 - Internationales/Krieg & Frieden
 - Buchbesprechungen/Filmkritiken
 - sowie zweimonatlich einem Supplement zu theoretischen oder historischen Grundsatzfragen
- ist, sollten Sie gleich ein Abo bestellen (und eines der Bücher aus dem VSA: Verlag als Prämie auswählen). Wenn Sie weitere Argumente benötigen, nehmen Sie ein Probeabo. Beides geht mit dem beigefügten Bestellschein (bitte auf eine Postkarte kleben oder faxen an 040/28 09 52 77-50)

- Ich abonniere Sozialismus ab Heft _____ zum Preis von € 62,- (incl. Porto; Ausland: + € 20 Porto). Ich möchte die Buchprämie Reloaded ABC SolÖk
- Ich abonniere Sozialismus ab Heft _____ zum verbilligten Preis von € 44,- (für Arbeitslose/Studenten). Ich möchte die Buchprämie Reloaded ABC SolÖk
- Ich bestelle ein Sozialismus-Probeabo ab Heft _____ (3 Hefte zum Preis von € 10,-/Ausland € 15,-).
- Bitte schicken Sie mir ein kostenloses Probeexemplar.

Name, Vorname

Straße

Plz, Ort

Datum, Unterschrift

Mir ist bekannt, dass ich diese Bestellung innerhalb einer Woche bei der Redaktion Sozialismus, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg, widerrufen kann. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

Datum, 2. Unterschrift

Bitte als
Postkarte
freimachen

Antwort

Redaktion Sozialismus
Postfach 10 61 27
20042 Hamburg

Abo-Prämie

Eines dieser Bücher aus dem VSA: Verlag erhalten Sie, wenn Sie Sozialismus abonnieren oder uns eine/n neuen AbonnentIn nennen (nicht für Probeabo). Bitte auf der Bestellkarte ankreuzen!

Mehr zum Verlagsprogramm:
www.vsa-verlag.de

